

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Jäger	<p>SV wird abgegeben. Teilrevision des BauG. Denkmalschutz.</p> <p>Verein hat keine Freude, da Denkmäler ausgeschieden werden. X hat Freude.</p> <p>Sie beraten den Verein wie auch X. Wie gehen Sie als Anwalt vor?</p> <p>Was können Sie allgemein zur abstrakten Normenkontrolle sagen? Fristlauf? Anfechtungsobjekt? Streitgegenstand?</p> <p>Beschwerdelegitimation für den Verein?</p> <p>Kann ein Denkmal-Fan Beschwerde erheben?</p> <p>Reicht die Stimmberechtigung im Kanton Bern zur Beschwerdelegitimation?</p> <p>Fristenproblem? Wann wurde der Erlass eröffnet? Referendumsfrist?</p> <p>Wie sieht es mit X aus? Kann er mit der Planung beginnen oder allenfalls schon ein Baugesuch stellen?</p> <p>Annahme Gesetz tritt in Kraft. Kann das Gesuch direkt bewilligt werden? Reicht dies aufgrund des SV?</p>	<p>Instrument: fakultatives Referendum gegen die Gesetzesanpassung. Zu prüfen ist, ob die Bestimmung mit dem Bundesrecht vereinbar ist. Das ist die abstrakte Normenkontrolle.</p> <p>Auf Kantonsebene gibt es keine abstrakte Normenkontrolle. Es bleibt aber die BÖA. Art. 101 BGG, 30 Tage. Anfechtungsobjekt ist der Erlass. Anfechtungsobjekt bildet den Streitgegenstand.</p> <p>Egoistische Verbandsbeschwerde. <i>Alle Voraussetzungen werden aufgezählt.</i> Im Unterschied zur ideellen Verbandsbeschwerde: Spezielle Bestimmung, gesetzliche Grundlage erforderlich, z.B. im UWG.</p> <p><i>Voraussetzungen der egoistischen Verbandsbeschwerde werden einzeln geprüft:</i> Mehrheit der Mitglieder wohl eher nicht betroffen. Fraglich, ob einzelnes Mitglied auch selbst betroffen ist.</p> <p>Schutzwürdiges Interesse wohl eher zu verneinen.</p> <p>Eher nicht, da keine besondere Nähe vorhanden.</p> <p>Beschwerdefrist läuft ab Eröffnung des Erlasses. Referendum kann parallel dazu laufen.</p> <p>Art. 36 BauG. Wir haben noch kein geltendes Recht, also muss die Referendumsfrist abgewartet werden.</p> <p>Der Kanton muss zuerst prüfen, ob 7% des Gebäudebestandes erfüllt sind.</p>

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Zuberbühler	X wird erstinstanzlich wegen sexueller Nötigung schuldig gesprochen. Dies Aufgrund von Aussagen gegen Aussagen. Sie melden Berufung an. Wie läuft das Beweisverfahren vor dem OGer?	Grundsatz zur Beweisabnahme vor Oger: Es gelten die Beweise, die das RGer erhoben hat.
		Begründung? Ev. in Bezug auf Zeugen? Sind neue oder erstmalige Beweise möglich vor Oger?	Ja.
		Vor welchem prozessualen Hintergrund? Welcher Grundsatz gilt im Strafverfahren?	Faires Verfahren und Untersuchungsmaxime.
		Zeitpunkt der Beweisanträge vor OGer?	Bei der Berufungserklärung.
		Wenn dort noch keine Beweisanträge, ist es 10 Tage vor der HV noch möglich Beweisanträge zu stellen?	
		Läuft das Verfahren vor OGer mündlich oder schriftlich ab?	Grundsätzlich mündlich, in Ausnahmefällen schriftlich. Vgl. Art. 405/406 StPO.
		Art. 399 Abs. 3 lit. c StPO: Letzter Zeitpunkt Beweisanträge zu stellen?	Vor OGer gelten die gleichen Grundsätze wie vor RGer. Es wird vor Abschluss der HV gefragt ob noch Beweisanträge gestellt werden.
		Begründung der Berufung?	Nein, man muss nicht, darf aber.
		Aber das Verfahren ist ja grundsätzlich mündlich. Besteht hier ein Widerspruch oder dann zwingende Notwendigkeit der Begründung?	Eben gerade keine Begründung notwendig, da in den Plädoyers begründet werden kann. Man darf bzw. sollte nicht begründen. Es besteht das Risiko, dass OberStA kommt und sagt, das hätte man früher verlangen müssen.
		SV-Ergänzung: Klient X soll psychiatrisch begutachtet werden. Er ist nicht damit einverstanden. Welche Möglichkeit haben Sie?	Beschwerde.
		Was ist Sinn und Zweck einer Begutachtung?	Überprüfung der Schuldfähigkeit. Die Pflichten einer beschuldigten Person: Dulden X hat aber keine Mitwirkungspflicht. Er kann einfach da sitzen und nichts zu den Fragen sagen. Der Sachverständige muss den Beschuldigten darauf hinweisen, dass er nicht mitwirken muss. Ansonsten ist das Gutachten nicht verwertbar.
		PK will stationäre Massnahme für den Beschuldigten. Ist dies möglich?	PK kann kein Antrag in Bezug auf die Sanktion und Massnahme stellen. PK darf sich aber diesbezüglich äussern.

Datum: 16.12.2016

Uhrzeit: 8.00

Zimmernummer: 3

			<p>PK kann sich auch zur Schuldfähigkeit äussern. PK kann eine Begutachtung beantragen. PK muss aber den Kostenvorschuss bezahlen für die Beweismittel, die für den Zivilpunkt massgebend sind. Bei einer Begutachtung zur Schuldfähigkeit muss PK keinen Kostenvorschuss bezahlen.</p>
--	--	--	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Rüetschi	<p>Rüetschi liest den V vor: A und B betreiben ein Fitnessstudio. Für die Vermieterin soll ein Inkassoverfahren eingeleitet werden. Wie gehen Sie vor?</p> <p>Wie läuft das Verfahren ab?</p> <p>Betreibungsbegehren: Spezialitäten zu beachten?</p> <p>Betreibungsamt hat alle Fitnessgeräte gepfändet.</p> <p>Kann Gewahrsam beim Vermieter sein?</p> <p>Betreibungsamt setzt eine Frist. Frau ist der Meinung, dass die Frist der Vermieterin hätte gestellt werden sollen. Was nun?</p> <p>Aufgepasst, die Frist läuft weiter.</p> <p>Beschwerde wird abgewiesen. Was nun?</p> <p>Annahme nur 5000.</p> <p>Frist?</p>	<p>Einleitung der Betreibung. Spezialbestimmung: Art. 268 OR Retentionsrecht. Nur von Geschäftsräumen.</p> <p>Art. 283 OR: Betreibung auf Pfandverwertung.</p> <p>Bezeichnung der Pfand- bzw. Retentionsgegenstände.</p> <p>Rechtsvorschlag. Bezieht sich auf die Forderung und auf die Retentionsgegenstände.</p> <p>Rechtsöffnung. Mietvertrag als provisorischer Rechtsöffnungstitel.</p> <p>Verwertungsbegehren. Kein Fortsetzungsbegehren, da gar nichts mehr verpfändet werden muss. Art. 154 SchKG. Fristen beachten. Faustpfand.</p> <p>Art. 155 → Art. 106-109 SchKG: Widerspruchsverfahren. (Aussonderung im Konkurs). Zu prüfen ist, wer hat Gewahrsam über die Gegenstände. Frage der Rollenverteilung bzw. der Aktiv- und Passivlegitimation.</p> <p>Nein, da Mieter unmittelbarer Besitzer ist und Gewahrsam hat. Vermieter ist nur mittelbarer Besitzer.</p> <p>SchKG-Beschwerde nach Art. 17 SchKG, einzureichen bei der Aufsichtsbehörde, als dem OGer. Art. 10 EG SchKG und Art. 35 GSOG.</p> <p>Art. 17 SchKG hat keine aufschiebende Wirkung, deshalb muss sie verlangt werden.</p> <p>Rechtsmittel als BGer: Art. 72 BGG, BIZ. Streitwert 100.000.</p> <p>Art. 74 Abs. 2 BGG.</p> <p>10 Tage.</p>

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Giger	<p>SV wird abgegeben. T ist Alleinaktionär. A AG = Aktive Handelsunternehmung, S AG nur noch Liegenschaft vorhanden.</p> <p>T will A AG an die S AG veräussern.</p> <p>Hohe Reserven, wie sind diese entstanden?</p> <p>Hoher Jahresgewinn: 7 Mio. Wie entstanden?</p> <p>Ist dies handelsrechtlich zulässig?</p> <p>Formen der Realisierung?</p> <p>Geld wird an T ausgeschüttet. Welche Folgen? Wann kann er die Rückerstattung verlangen?</p> <p>T will A AG Aktien an die S AG verkaufen. Erlöss 17 Mio. Steuerfrei oder steuerbar?</p> <p>T hat einen Bekannten C mit einer C AG. Die S AG wird an die C AG verkauft.</p> <p>Wie kann sich T schützen?</p> <p>Immobilien-geschäft wird veräussert.</p>	<p>(...) Gewinn- oder Kapitaleinlagereserven. Macht einen erheblichen Unterschied.</p> <p>Betriebliches Vermögen wurde veräussert. Stille Reserven wurden aufgelöst.</p> <p>Art. 960 OR: (...) es gibt willkürliche Reserven und Zwangsreserven.</p> <p>Echte, steuersystematische oder buchmässige Realisierung. I.C. die echte. Man hat den Betrieb verkauft.</p> <p>Verrechnungssteuer. Selbstveranlagungssteuer. Überwälzungspflicht. T kann die Rückerstattung verlangen. <i>3 Voraussetzungen werden genannt, sind erfüllt (Wohnsitz in der CH, ordentliche Deklaration und Aktienrecht zur Nutzung gehabt).</i> AG darf nur Nettobetrag 65% an T auszahlen. Überwälzung und 35% an die EStV. Ansonsten Aufrechnung ins Hundert.</p> <p>Gefahr einer Transponierung. <i>Voraussetzungen werden genannt.</i> Die Veräusserung ist eine Sacheinlage. Sicher kein steuerfreier Kapitalgewinn.</p> <p>Gefahr einer indirekten Teilliquidation. <i>Definition wird genannt.</i></p> <p>Vertragliche Absicherung. Pflicht an C: Keine Substanzdividende in den nächsten 5 Jahren.</p> <p>Grundstückgewinnsteuer, Art. 126 Abs. 2 lit. a StG, Frage der wirtschaftlichen Handänderung.</p>